

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN

Eing.: 22. NOV. 2007

PEL\_05602\_2007(0001)-KGR/LAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat



**DIE GRÜNEN**

(6)  
AN

**BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der GemeinderätInnen Mag.<sup>a</sup> Alev Korun und FreundInnen (GRÜNE)  
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags am 22.11.2007  
zu Post 13 der heutigen Tagesordnung  
**betreffend Verwendung des Begriffes „Rasse“ im Wiener  
Antidiskriminierungsgesetz**

**BEGRÜNDUNG**

Im Zuge des Stellungnahmeverfahrens zum vorliegenden Entwurf der Novelle zum Wiener Antidiskriminierungsgesetz wurde von verschiedenen Stellen berechtigterweise darauf aufmerksam gemacht, dass der Begriff „Rasse“ (vor allem) im deutschen Sprachgebrauch negative Assoziationen hervorruft und daher durch den Begriff der „ethnischen Zugehörigkeit“ ersetzt werden sollte.

Das Argument den Begriff „Rasse“ aufgrund europarechtlichen Vorgaben zu verwenden ist mittlerweile sehr fragwürdig. Der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt ist offensichtlich der Meinung, dass die Verwendung des Begriffes „ethnische Zugehörigkeit“ genauso gut den europarechtlichen Vorgaben entspricht. Warum sonst würde im (Bundes-)Gleichbehandlungsgesetz auf den Begriff „Rasse“ zugunsten des Begriffes „ethnische Zugehörigkeit“ verzichtet werden.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

**BESCHLUSSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied der Landesregierung wird ersucht unter Einbeziehung von ExpertInnen zu untersuchen, ob die Ersetzung des Begriffes „Rasse“ durch den Begriff der „ethnischen Zugehörigkeit“ im Wiener Antidiskriminierungsgesetz den europarechtlichen Vorgaben entspricht und bejahendenfalls eine entsprechende Novelle des Wiener Antidiskriminierungsgesetzes vorlegen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal.



Wien, am 22.11.2007





